

HAUSHALTSREDE SPD-FRAKTION 2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kiesel, sehr geehrte Mitarbeiter*innen der Verwaltung, liebe Kolleg*innen im Gemeinderat, liebe Mitbürger,

2022 war ein Jahr des Umbruchs – leider nicht im positiven Sinne. Durch den brutalen Angriffskrieg Russlands kehrte der Krieg vor die Haustür Deutschlands zurück – eigentlich. Denn um ehrlich zu sein: Die Regentschaft Putins war seit jeher von Gewalt als legitimum Mittel zur Durchsetzung eigener Interessen geprägt, das wurde schon Ende der 90er Jahre im zweiten Tschetschenienkrieg deutlich und setzte sich mit den Militärinterventionen in Georgien oder der Ostukraine fort. Eine deutlichere Antwort der internationalen Staatengemeinschaft und Deutschlands hätte womöglich den Krieg heute verhindern können. Für Deutschland führen diese Vorkommnisse bzw. Erkenntnisse zu neuen Herausforderungen und Aufgaben, die auch die kommunale Ebene betreffen. Einerseits mussten durch den bewaffneten Konflikt viele Menschen ihre Heimat verlassen und in andere Länder fliehen, viele kamen auch zu uns nach Leutenbach. Die notwendigen Unterkünfte und vor allem die notwendigen Folgekosten und -aufgaben stellen die Gemeinden vor große finanzielle und organisatorische Herausforderungen. Aus unserer Sicht führt auch das nicht optimale Zusammenarbeiten zwischen Landkreis und Gemeinden zu vermeidbaren Reibungsverlusten. Zum Beispiel werden oft recht kurzfristig Geflüchtete den Kommunen zugewiesen, die dann für deren Anschlussunterbringung sorgen müssen. Hier gibt es Verbesserungsbedarf – und wir sollten von Best-Practice-Beispielen in anderen Regionen lernen. Konkret schlagen wir vor, das „Kasseler Modell“ auch auf den Rems-Murr-Kreis anzuwenden. Der Landkreis Kassel – dessen Landrat im Übrigen Sozialdemokrat ist – macht alles Notwendige für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen selbst. Die Ankommenden werden also nicht in die Kommunen weitergeschickt. Stattdessen sorgt der Landkreis für Geld, Unterkunft, Gesundheit und Betreuung. Dafür wurden eigene Hausleitungen und ein mobiles Team aufgebaut. Der Landkreis betreut diejenigen, die in Wohnungen untergebracht sind, und kümmert sich um Erwerbsintegration. Die Kommunen sorgen nach Kräften für ehrenamtliche Unterstützernetze, die der Landkreis dann mitbetreut. Ein ziemlich umfangreiches Paket, das der Landkreis schultert. In Hessen ist das so einmalig. Das hat der Landkreis Kassel in den Jahren 2015/2016 so etabliert und seitdem mit klaren politischen Zielen weiterentwickelt. Ein ähnliches Modell können wir uns auch für unseren Landkreis gut vorstellen.

Eine zweite Erkenntnis aus dem Ukraine-Krieg ist, dass wir uns stärker auf Aufgaben des Zivilschutzes konzentrieren müssen. Insbesondere Hackerangriffe auf unsere zivile Infrastruktur und damit verbunden z.B. länger andauernde Stromausfälle sind durchaus im Bereich des Möglichen. Darauf muss sich auch Leutenbach vorbereiten und beispielsweise weitere Schritte im Bereich der Notstromversorgung unternehmen. Wichtige Investitionen in diesem Bereich sind im Haushalt 2023 vorgesehen, die wir ausdrücklich begrüßen.

Drittens müssen wir konstatieren, dass wir in Zeiten multipler Krisen leben: Nach der Corona-Pandemie stellen Inflation und wirtschaftliche Probleme die Gemeindefinanzen auf tönernen

Füße. Herr Bürgermeister Kiesel, sie haben richtigerweise betont, dass jede Investition und Ausgabe kritisch auf Dringlichkeit und Finanzierbarkeit überprüft werden sollte. Dennoch zeigt sich die SPD-Fraktion erstaunt darüber, dass trotz des wahrscheinlich auf gut 12 Millionen Euro anwachsenden Schuldenbergs Steuererhöhungen kategorisch ausgeschlossen werden und Projekte und Maßnahmen finanziert werden sollen, deren Verschiebung auf die Folgejahre vertretbar ist.

Ein handelnder Staat, der den Menschen zu Seite steht – das ist das unser Leitbild – und zugleich auch unsere Vision für das Leutenbach der Gegenwart und der Zukunft. Dieses zukünftige Bild wird stark von den Folgen des Klimawandels geprägt sein, der auch das Leben in unserer Heimat verändern wird. Nicht nur Extremwetterereignisse wie das Jahrhunderthochwasser im Ahrtal 2021, sondern auch immer heißere Sommer mit weniger Niederschlägen verdeutlichen eines: Die Städte und Gemeinden müssen resilienter werden. Mit der anvisierten Klimaneutralität unserer Gemeinde in einigen Jahren haben wir einen ersten Schritt gemacht, es müssen aber weitere folgen. Deshalb möchte die SPD-Gemeinderatsfraktion darauf hinarbeiten, unsere Infrastruktur und die öffentlichen Flächen anzupassen und zu optimieren. Konkret beantragen wir deshalb die Erarbeitung eines Entsiegelungskonzepts, um einerseits neu zu erschließende Flächen möglichst naturnah zu belassen und andererseits bestehende Flächen mit mehr Grünbereichen zu versehen. Neue Gebieten müssten im konkreten Falle einer Erschließung höchste Standards hinsichtlich der Umweltverträglichkeit erfüllen. Wir schlagen außerdem vor, die Renaturierung von Gewässern, konkret die Rotbachs und des Brücklesbachs im Wohnbezirk Nellmersbach, zu planen. Wir müssen auch insbesondere im Verkehrssektor Maßnahmen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen ergreifen. Dazu gehört vor allem, den Öffentlichen Personennahverkehr auszubauen und zu optimieren. Einerseits fordern wir im Zuge von Neuausschreibungen eine Ausweitung des Busverkehrs, wobei digitale und smarte Lösungen – dazu gehören in Zukunft beispielsweise autonom fahrende Busse – erwogen werden müssen. Allerdings muss auch an der Preisschraube gedreht werden. Denn das 9-Euro-Ticket hat gezeigt, dass günstige Preise viele Menschen zu einem Umstieg auf Bus und Bahn bewegen. Analog zum 1-Euro-Gemeindeticket können wir uns ein preiswertes Ticketmodell für Pendler gut vorstellen. Den Ball liegt hierbei beim Verkehrsverbund bzw. der Region Stuttgart und beim grünen Verkehrsminister Herrmann.

Bus und Bahn müssen jedoch für alle Menschen nutzbar sein, auch für Bürger mit Handicap. Ein barrierefreier Ausbau der Bushaltestellen im Gemeindegebiet muss deshalb zügig angegangen werden. Bisher vermissen wir sowohl einen konkreten Zeitplan als auch im Allgemeinen ein wirkliches Engagement des Bauamts in diesem Bereich. Zur Erinnerung: Die Aufgabenträger wären aufgrund der UN-Behindertenrechtskonvention eigentlich dazu verpflichtet gewesen, bereits im Jahr 2022 Barrierefreiheit im ÖPNV zu schaffen. Darüber hinaus bedarf es auch Maßnahmen im Bereich des Bahnhofpunktes Nellmersbach; dieser entspricht in vielen Punkten – insbesondere aufgrund der niedrigen Bahnsteighöhe und der steilen Zuwegungen – nicht den Anforderungen für Menschen mit Handicap. Wir möchten an dieser Stelle unterstreichen, dass Mobilität bzw. mobil zu sein nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern auch für ältere Personen mit Geheinschränkungen ein zentraler

Bestandteil für eine selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist. Deshalb beantragen wir, dass der S-Bahnhof in das Mobilitätsservice-Netz der Deutschen Bahn aufgenommen wird; konkret fordern wir, dass Menschen mit Handicap beim Ein-, Aus- und Umstieg geholfen werden soll. Genauer erläutern wir im entsprechenden Antrag. Die SPD-Fraktion sieht es als wichtig an, dass neben konkreten Maßnahmen für ein Mehr an Inklusion und Barrierefreiheit grundsätzlich die entsprechenden Personengruppen in die Entscheidungsfindung mit einbezogen werden. Leutenbach hat schon wichtige Maßnahmen dafür umgesetzt. Dennoch wurde eine in den kommenden Jahren stark anwachsende Personengruppe bisher Außenvorgelassen, und zwar die der Senioren, zu der – Stand 2021 – über 20 Prozent der Bundesbürger gehören. Um die Erfahrungen und Belange dieser Menschen besser beachten zu können, beantragt die SPD-Gemeinderatsfraktion die Etablierung eines Seniorenbeirats in der Gemeinde.

Sehr geehrte Mitbürger und Mitarbeiter der Verwaltung, liebe Gemeinderäte, in unserer Haushaltsrede haben wir uns primär mit zukünftigen Entwicklungen und Vorhaben befasst. Wir möchten daran anschließend auch auf die Planungen zum Ansiedeln einer Metzgerei-Filiale und zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum eingehen. Bereits in den vergangenen Jahren hat die Gemeinde zahlreiche Immobilien- und Bauprojekte realisiert, beispielsweise mit dem Bau des Wohnhauses in der Bahnhofstraße, der hoffentlich in diesem Jahr abgeschlossen werden kann. Darüber hinaus soll, nach jahrelangem und kostspieligem Leerstand, die ehemalige Schlecker-Filiale zur neuen Bücherei umgebaut werden. Bei all diesen Bauprojekten hat sich gezeigt, dass die Kosten oftmals deutlich höher sind, als erwartet und die Realisierung länger benötigt als vorgesehen. Aufgrund des Schuldenstand und der begrenzten personellen Kapazitäten im Rathaus müssen wir uns mehr denn je fragen: Was können wir uns leisten, was ist realisierbar? Für die angedachte Metzgerei-Filiale heißt das auch die Risiken – beispielsweise Leerstand, wenn kein Metzger dauerhaft in Leutenbach angesiedelt werden kann – ehrlich und offen anzusprechen. Darüber hinaus müssen wir bei Wohnbauprojekten auch die Wohnungsbaugesellschaften in die Verantwortung nehmen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Neben Wohnraum soll in Nellmersbach ein neues Gewerbegebiet realisiert werden. Grundsätzlich stehen wir diesem Gewerbegebiet offen gegenüber. Dennoch muss klar sein, dass wir auch hier deutlich mehr Wert auf Klima- und Umweltschutz legen müssen als in der Vergangenheit. Klimaneutralität, viele Grünflächen, Versorgung mit Ökostrom, kurzum die Realisierung als so genanntes „Grünes Gebiet“ sind für uns Bedingung im Falle einer Projektrealisierung. Darüber hinaus muss auch auf den Schutz der Anwohner Wert gelegt werden; wir begrüßen, dass die Sorgen und Anregungen aus der Bürgerschaft bei den weiteren Planungen und Untersuchungen berücksichtigt werden sollen. Auch für den guten Austausch der Anwohner möchten wir uns als SPD-Fraktion ausdrücklich bedanken.

Zum Ende unserer Rede möchten wir uns allerdings auch mit dem Vergangenen, genauer gesagt mit einer Forderung aus unserer Haushaltsrede aus dem Jahr 2020 befassen. Schon damals haben wir angemahnt, auf das veränderte Mediennutzungsverhalten in unserer Bürgerschaft einzugehen. Denn schon damals nahm die Zahl der Abonnements unseres

Amtsblatts ab, diese Entwicklung hat sich in den letzten Monaten fortgesetzt. Aufgrund dessen fordern wir der vermehrten digitalen Informationsbeschaffung Rechnung zu tragen und bei der Veröffentlichung von Bekanntgaben vermehrt auf digitale Kanäle zu setzen. Wir schlagen vor zu prüfen, ob die Gemeinde-Website als offizielles Bekanntmachungsorgan gewählt werden kann.

2023 wird, das haben wir in unserer Haushaltsrede betont, ein Jahr vielfältiger Herausforderungen und Aufgaben für die Gemeinde. Wir möchten aber auch einen Blick in die Vergangenheit wagen: Am 30. Januar jährt sich die Machtergreifung der Nationalsozialisten zum 90. Mal. Leider müssen wir feststellen, dass heutzutage Judenhass, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in vielfältiger Weise Teil des gesellschaftlichen Lebens geworden sind. Für uns stellt sich deshalb die Frage: Wie gehen wir mit der Vergangenheit um? Wir schlagen deshalb vor, die Benennung der August-Lämmle-Straße, deren Namensgeber zuletzt aufgrund seiner Nähe zum Nationalsozialismus in die Kritik geraten ist, kritisch zu hinterfragen. Unser Vorschlag ist, zumindest durch ein Zusatzschild mit Informationen zum Dichter und Autor August Lämmle dessen NS-Verquickungen aufzugreifen. Dadurch möchten wir einen Beitrag gegen das Vergessen der Nazi-Zeit leisten.

Sehr geehrte Mitarbeitende, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Amtsleitungen. Sie haben bewiesen, dass sie auch in stürmischen Zeiten die Gemeinde auf Kurs halten können – aller Krisen und Widrigkeiten zum Trotz. Wir danken Ihnen für Ihre Arbeit und insbesondere Herrn Nothacker für die Erstellung des Haushaltsplanes.

Trotz der geplanten sehr hohen Neuverschuldung werden wir dem Haushaltsplan zustimmen. Wir stellen jedoch klar: In den kommenden Jahren muss die Gemeinde noch stärker den Fokus aufs Sparen legen.